

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Integrationsrat	30.10.2024	öffentlich
Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss	06.11.2024	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Personalbedarfsberechnung und organisatorische Maßnahmen in der Einbürgerungsstelle (150.33)

Betroffene Produktgruppe

11.02.12.02 (Einbürgerungsangelegenheiten)

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Keine Auswirkungen

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Durch den Personalmehrbedarf erhöht sich der Personalaufwand gemäß Beschlussvorlage Beratung des Haushaltsplanentwurfs und des Stellenplanentwurfs 2025/2026 für das Bürgeramt (Drucksachen-Nr. 8482/2020-2025).

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

keine

Sachverhalt:

Ausgangslage

Aufgrund der sprunghaft angestiegenen Zahl von Anträgen Anfang 2024, die in Verbindung mit der Verabschiedung des aktualisierten Staatsangehörigkeitsgesetzes stehen, hat die Abteilung Personalentwicklung (100.11) in Zusammenarbeit mit der Fa. PICTURE GmbH in den vergangenen Monaten den Hauptgeschäftsprozess „Antrag auf Einbürgerung bearbeiten“ aufgenommen und analysiert.

Die organisatorische Betrachtung gliederte sich im Wesentlichen in Prozessaufnahmen, die Erarbeitung optimierter Soll-Prozesse sowie in Workshops mit den Mitarbeitenden auf. Im Untersuchungszeitraum wurde mehrfach während der Öffnungszeiten hospitiert, um die Tätigkeitsfelder sowie die Arbeit vor Ort umfangreicher kennenzulernen und einschätzen zu können. Für einen abrundenden Eindruck wurden mit den Mitarbeitenden Interviews geführt. Darüber hinaus wurden die übermittelten statistischen Daten ausgewertet und für die Stellenbemessung aufbereitet.

Im Jahr 2019 hatte die Einbürgerungsstelle 4,0 Mitarbeitende. In den Jahren 2020 und 2021 waren es 6,0 Stellen und seit 2022 sind es 10,5 dauerhafte Stellen (inkl. 1,0 Leitungsstelle). Dies entspricht einer Steigerung des Stellenbestands von 2019 bis dato von 262,5 %.

Im Vergleich dazu entspricht die Zunahme bei den eingegangenen Anträgen auf Einbürgerung

von 449 Anträgen in 2019 auf prognostizierte 3000 Neuanträge zu Ende 2024 wiederum einer prozentualen Steigerung von 668,15 %.

Aufgrund dieser Entwicklung konnte das Pensum an Anträgen von den vorhandenen Mitarbeitenden nicht adäquat bewältigt werden, so dass sich kontinuierlich Bearbeitungsrückstände aufgebaut haben.

Fragen der personellen Ausstattung und der Organisation der Einbürgerungsstelle sind bereits mehrfach im Integrationsrat und HWBA thematisiert worden. Der ausführliche Bericht „Personalbedarfsberechnung und organisatorische Maßnahmen Einbürgerungsstelle (150.33)“ wird daher zur Kenntnisnahme vorgelegt. Nachfolgend soll auf einzelne Punkte daraus näher eingegangen werden:

Personalbedarfsberechnung

Für die Ermittlung des Stellenbedarfs wurde der aufgenommene und optimierte Sollprozess mit der jeweiligen durchschnittlichen Bearbeitungszeit hinterlegt und so anhand der Anzahl der jährlichen Einbürgerungsanträge der Personalbedarf berechnet. Die genaue Vorgehensweise ist detailliert im vorgenannten Bericht dargelegt (Punkte 2.1 und 2.3). Der so berechnete Stellenbedarf für **fallbezogene Tätigkeiten beträgt 10,0 Stellen**.

Zusätzlich zu diesem fallbezogenen Stellenbedarf gibt es fallunabhängige Arbeiten (z. B. die Besetzung des Frontoffice, die Bedienung der Hotline der Einbürgerungsstelle, die Bearbeitung des E-Mailfunktionspostfachs und der Posteingänge sowie koordinierende Tätigkeiten). Daraus ergibt sich ein zusätzlicher **fallunabhängiger Stellenbedarf von 4,7 Stellen**.

Der Gesamtstellenbedarf für die Einbürgerungsstelle beläuft sich somit auf 14,7 Sachbearbeitungsstellen plus 1,0 Stellenanteile für die Abteilungsleitung. Gegenüber dem Status Quo ergibt sich daraus ein **Mehrbedarf von 5,2 Planstellen, die dauerhaft einzurichten** sind.

Angeichts der hohen Zahl an Fällen (inkl. Rückstandsabarbeitung), die bereits in Bearbeitung sind und die sich bis zum Jahresende voraussichtlich auf 5.000 Fälle steigern werden, wird über die vorgenannten 14,7 Planstellen hinaus weiteres Personal benötigt, damit neben den neu eingehenden Einbürgerungsanträgen der vorhandene Bearbeitungstau innerhalb eines vertretbaren Zeitrahmens und unter Berücksichtigung von Einarbeitungskapazitäten, Fluktuation sowie tatsächlichen Stellenbesetzungen abgearbeitet werden kann. Für die **Rückstandsabarbeitung sind 6 weitere Stellen erforderlich**, die mit einem kw-Vermerk 2030 versehen werden sollen.

Die Realisierung der kw-Vermerke wird entsprechend dem Fortschritt der Abarbeitung der laufenden Fälle erfolgen, und könnte ggf. schon vor 2030 vollzogen sein.

Der ermittelte Stellenmehrbedarf liegt somit bei 11,2 Stellen gesamt, von denen 6 Stellen mit einem kw-Vermerk 2030 versehen werden können.

Die weitere Entwicklung des Stellenbedarfs wird im Rahmen eines Evaluationsprozesses fortlaufend betrachtet.

Ablauf- und aufbauorganisatorische Empfehlungen

Im Zuge der organisatorischen Betrachtung wurden zudem ablauf- und aufbauorganisatorische Empfehlungen ausgesprochen, die sich insbesondere auf die Ansprechbarkeit und damit auf die Erreichbarkeit und Serviceorientierung der Einbürgerungsstelle beziehen.

Zentrale Punkte sind dabei die Ausweitung der Öffnungszeiten sowie ein ausgeweitetes Beratungsangebot mit zwei Frontoffice-Büros (für Vorsprachen mit und ohne Termin) und die verbesserte Möglichkeit der Antragsabgabe mit entsprechender Sichtung und Beratung.

Durch die Ausweitung der personellen Ausstattung im Frontoffice-Bereich wird es zudem möglich sein, die Bearbeitung von offensichtlich entscheidungsreifen und einfacheren Fällen (z.B. Anträge von EU-Bürgerinnen und -Bürger) sofort zu starten.

Die von den Kundinnen und Kunden postalisch oder digital gestellten Anträge werden durch die geplante Einführung von Schnittstellen im Onlineportal und im Fachverfahren nach Realisierung vollständig medienbruchfrei digitalisiert, so dass Daten dann transferiert und weitergenutzt werden und die „doppelte“ Datenpflege entfällt. Das bedeutet konkret, dass alle (Papier-)Anträge und eingereichten Unterlagen bereits im Frontoffice sofort gesichtet, eingescannt und zur eAkte genommen werden.

Darüber hinaus werden die FAQs auf der Homepage zeitnah aktualisiert und die Informationen, welche Unterlagen einem Antrag in jedem Fall beizufügen sind, konkretisiert und ggf. mit Beispielen versehen, um die generelle Qualität der eingehenden Anträge zu steigern.

Die detaillierte Beschreibung der Maßnahmen ist dem o. g. Bericht (Punkte 2.2, 3.1 und 3.2) zu entnehmen.

Räumliche Situation

Die Einbürgerungsstelle ist in der ersten Etage des Neuen Rathauses untergebracht. Dort stehen zehn Büroräume zur Verfügung. Aktuell hat die Einbürgerungsstelle inkl. der kürzlich durch den Rat der Stadt Bielefeld bewilligten drei Mehrstellen 14 Mitarbeitende. Sofern die jetzt errechneten Mehrstellen bewilligt werden, wächst der Personalbestand perspektivisch auf mind. 23 Mitarbeitende an. Hiervon sind 9,0 Stellen für Frontoffice-Tätigkeiten geplant:

Homeoffice und Desk-Sharing-Modelle sind im Frontoffice nur bedingt möglich, da hier vorwiegend die Publikumsbedienung erfolgt.

Selbst wenn die Mitarbeitenden, die in der originären Sachbearbeitung tätig sind, ihren Arbeitsplatz im Rahmen von Desk-Sharing-Modellen teilen würden bzw. teilweise (wie bereits jetzt praktiziert) im Homeoffice tätig wären, ist der Bürobestand in der jetzigen Form nicht auskömmlich.

Aus diesem Grund muss gemeinsam mit dem Immobilienservicebetrieb nach Möglichkeiten und Lösungen für eine adäquate Raumsituation gesucht werden, um sowohl den Anforderungen der Antragstellenden als auch den behördlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Evaluation

Die Empfehlungen (insbesondere die Ausweitung der Öffnungszeiten sowie das Vorhalten von zwei Frontoffices) werden nach Ablauf eines Jahres evaluiert und die Fallzahlentwicklung ausgewertet.

Fazit

Mit dem Bericht „Personalbedarfsberechnung und organisatorische Maßnahmen Einbürgerungsstelle (150.33)“ wird ein Maßnahmenkatalog vorgelegt, der es der Stadt Bielefeld ermöglicht, sich im Bereich Einbürgerung zukunftsorientiert aufzustellen.

Für diese Ausrichtung bedarf es einer besseren personellen Ausstattung, ablauf- und aufbauorganisatorischer Anstrengungen sowie einer angemessenen räumlichen Situation.

Beigeordneter

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Dr. Witthaus